

Die kleine böse Randnotiz

Die DFG verirrt sich im Neuland

Unter Imaging verstehe ich hier sowohl nicht-mediale, vor allem aber mediale Kommunikationen, mittels derer Organisationen und Institutionen ein positives Image von sich selbst öffentlichkeitswirksam präsentieren oder etablieren wollen, um ihr Ansehen zu mehren. Manche Imaging-Kampagnen bewirken leider das Gegenteil, wie das Beispiel *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (kurz: DFG) zeigt.

Ein guter Anlass für Imaging sind insbesondere Jahresfeiern, die schon seit dem Erstarren des Bürgertums im Privaten (runde Geburtstage) und Geschäftlichen (Firmenjubiläen) für aufwändigere Feiern und Selbstdarstellungen gern genutzt werden. Das dachte sich wohl auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die ihren 100. Geburtstag – eingerechnet ist dabei die Vorläuferorganisation „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ – in diesem Jahr gebührend feiern wollte. Leider ist sie damit kommunikativ grandios gescheitert, vor allem aufgrund eines eklatanten Mangels an Medienkompetenz.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist eine zentrale Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft und steht für das Prinzip einer selbstverwalteten und wissenschaftsgeleiteten Forschungsförderung, mit der die grundgesetzlich geschützte Freiheit der Forschung auch materiell und politisch unabhängig gesichert werden soll. Zur Feier ihres 100. Geburtstags initiierte die DFG die Kampagne „DFG2020 – für das Wissen entscheiden“. Damit „will die DFG ihre Überzeugung für eine freie und erkenntnisgeleitete Forschung in die Gesellschaft tragen. Denn globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Digitalisierung oder

den demographischen Entwicklungen können wir nur begegnen, indem wir uns gemeinsam ‚für das Wissen entscheiden‘¹.

Für eine Wissenschaftsorganisation ist es ein sehr treffendes und daher sehr gutes Motto, sich „für das Wissen (zu) entscheiden“. Anlässlich einer gesellschaftlichen Situation mit vielen öffentlichen Diskursen, die von zunehmend mehr Teilnehmern – so jedenfalls die vorherrschende Wahrnehmung – gerade nicht wissenschaftsbasiert, sondern auf Basis von Fake News, alternativen Wahrheiten, kunden und empirisch längst widerlegten Überzeugungen und einem gehörigen Maß an Rechthaberei und auch Hass geführt werden, gilt dies umso mehr. Es stimmt schon nachdenklich, wenn beispielsweise laut einer aktuellen Infratest-dimab-Umfrage im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung knapp ein Drittel der Befragten davon überzeugt sind, dass geheime Mächte die Welt steuern, wobei 11 % dies sogar für sicher richtig und 19 % für wahrscheinlich richtig halten². Das sagt eigentlich schon alles zur kommunikationskulturellen Qualität vieler Diskussionen und Kommentare im Internet.

Leider ist das Internet in kommunikationskultureller Hinsicht auch für das Bildungssystem in Deutschland Neuland. Jedenfalls ist für mich nicht erkennbar, dass Schulen und Hochschulen entsprechend gegensteuern (und dazu auch in die Lage versetzt werden) oder wenigstens in der Lehrerausbildung (jenseits didaktischer Aspekte) Medienkompetenz und speziell auch Kompetenzen im Feld der Nachrichten vermitteln. Dazu ist in den Hochschulen die Medienpädagogik – so sie an Hochschulen überhaupt existiert – in den allermeisten Fällen viel zu wenig in den Studiengängen und Prüfungsordnungen verankert; und an den Schulen sieht es nicht weniger desaströs aus.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass auch eine vom Institut für Demoskopie Allensbach im Frühjahr 2020 im Auftrag der

¹ <https://dfg2020.de/100-jahre-fuer-das-wissen/>

² Roose, Jochen 2020: Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien, hgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/sie-sind-ueberall>

Stiftervereinigung der Presse durchgeführte Studie³ deutliche Defizite in Medienkunde bei Lehrerinnen und Lehrern aufzeigt, die zu einem erheblicher Teil Nachrichtenmedien gegenüber ablehnend oder sogar feindselig eingestellt ist oder gar davon ausgeht, dass in Deutschland keine Pressefreiheit existiert. Befragt wurden über 500 Lehrer und Lehrerinnen, die Deutsch oder ein sozialwissenschaftliches Fach in der Sekundarstufe 1 unterrichten. Gerade bei Lehrerinnen und Lehrern dieser Fächer sollte ja eigentlich ein besonderes Problembewusstsein vorhanden sein. Tatsächlich finden 95 % der Befragten die Vermittlung von „Nachrichtenkompetenz“ auch (mindestens) wichtig und 55 % sogar „besonders wichtig“, aber andererseits sehen 40 % die Aufgabe von Medien darin, „die Bevölkerung für bestimmte Anliegen zu mobilisieren“, und 10 % sind der Auffassung, dass Medien „die Meinungsbildung im Sinne der Regierung lenken“ sollen, während nur 60 % meinten, dass es Aufgabe der Medien ist, „die Mächtigen kritisch zu beobachten und zu kontrollieren“. 19 % aller befragten Lehrkräfte glauben, dass viele eigentlich wichtige Nachrichten der Bevölkerung verschwiegen werden und nur in sozialen Netzen aufzufinden sind.

Realistischerweise sollte man allerdings auch konstatieren, dass Nachrichten nicht reiner Quell der Wahrheit sind und die Welt auch niemals 1:1 als Faktenbild abbilden können. Schon die notwendige Selektivität, aber auch die Art der Darstellung (jedes Bild ist subjektiv) können zwar Leitlinien für guten Journalismus folgen, aber niemals völlig objektiv sein. Zudem gibt es ja tatsächlich – und auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem – Meinungsklimata, denen sich Journalisten und Redaktionen nicht völlig entziehen können (manchmal freilich auch nicht wollen), weil sie einerseits auch unbewusst wirken, und sich andererseits auch im professionellen Bereich Meinungsmilieus bilden können, in denen Journalisten und ihr Publikum sich gemeinsam wohlfühlen. Und wie die Initiative Nachrichtenaufklärung e.V. jährlich an ausgewählten Beispielen zeigt, gibt es sehr wohl immer wieder Nachrichten, über die nicht in dem Maß berichtet wurde, wie es ihrer politischen Bedeutung entsprochen hätte. Unterdrückt wurden sie jedoch

³ Institut für Demoskopie Allensbach 2020: die Vermittlung von Nachrichtenkompetenz in der Schule. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Lehrkräften im Februar/März 2020.

nicht. Des Weiteren können Nachrichten auch politisch instrumentalisiert werden. So hat etwa der embedded journalism der USA im Irakkrieg 2003 den Journalisten nur die propagandistisch erwünschten Bilder des Krieges zu sehen ermöglicht, und damit zu einer einseitigen Berichterstattung geführt.

Solche systemischen – aber nachträglich aufklärbaren – Fehlleistungen müssen ebenso wie die grundsätzlich nicht aufhebbaaren Begrenzungen hinsichtlich der Erreichbarkeit von Objektivität von Nachrichtenberichterstattung ins Kalkül gezogen werden. Gebildete Mediennutzer, insbesondere mediengebildete, sind in der Regel in der Lage, die Qualität und Zuverlässigkeit von Nachrichten und Nachrichtenmedien einzuschätzen. Entscheidend ist daher die Einsicht, dass sich die genannten Probleme gar nicht vermeiden lässt, sondern im Rahmen größtmöglicher Presse- und Meinungsfreiheit im Diskurs die Nachrichten kritisiert, quellenkritisch und auf die empirische Faktenlage bezogen hinterfragt und gesellschaftlich kontrolliert werden kann. Das lässt sich von allen Mediennutzern – auch im Bildungssystem – lernen und auch lehren. Es müsste allerdings von den Kultusministerien ebenso wie den ausführenden Institutionen (Universitäten, Schulen) und ihrem Lehrpersonal auch gewollt und entsprechend umgesetzt werden – und freilich müssten auch die dafür notwendigen Gegebenheiten geschaffen werden.

Eine Kampagne „für das Wissen“ ist jedenfalls auch aus medienpädagogischer Sicht nur zu begrüßen, und es ist gut, dass sich die Kampagne der DFG nicht nur an die Wissenschaft richtet, sondern auch an eine breite Öffentlichkeit. So war es durchaus folgerichtig, neben Wissenschaftlern auch prominente Künstler um Unterstützung zu bitten. Unter anderem hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft den Kabarettisten Dieter Nuhr um ein Statement zu ihrer Jubiläumskampagne gebeten, sich jedoch wenige Tage nach Veröffentlichung von seinem Beitrag distanziert.

Laut übereinstimmenden Medieninformationen über die Reaktionen der DFG zur stark kritisierten Streichung dieses Beitrags, die ich vor allem der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (3.8. und 5.8. 2020) und der Website der DFG entnommen habe, wurde das Statement von Nuhr am 21. Juli 2020 aufgenommen, wofür die DFG sich dann auch bedankte. Am 30. Juli habe man den Beitrag

auf Twitter „annonciert“. In seiner Audio-Botschaft sagte Dieter Nuhr: „Wissenschaft weiß nicht alles, ist aber die einzige vernünftige Wissensbasis, die wir haben. Deshalb ist sie so wichtig.“ Des Weiteren sagte er, dass Wissen der Weg zur Erkenntnis sei, und dass Wissen nicht bedeute, „dass man sich zu 100 % sicher ist, sondern dass man über genügend Fakten verfügt, um eine begründete Meinung zu haben“. Das impliziere auch, dass sich „die Meinung ändert, wenn sich die Faktenlage ändert“ und dadurch unterscheide Wissenschaft sich von Heilslehren und Religionen, die absolute Wahrheiten verkünden. Wer „ständig ruft ‚Folgt der Wissenschaft!‘“, habe das Prinzip von Wissenschaft nicht begriffen.

Aus wissenschaftlicher Sicht sind das zutreffende Aussagen, gegen die sich keine Vernunftgründe vorbringen lassen – im Gegenteil. Dieses Statement unterstützt das Anliegen der Deutschen Forschungsgemeinschaft „für das Wissen entscheiden“ ohne Wenn und Aber. Es entspricht insbesondere auch den *Leitsätzen der DFG für gute wissenschaftliche Praxis*, „alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln sowie einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern“⁴.

Aus naheliegenden Gründen sehen Internet-Trolle das anders, denn ihnen geht es gerade nicht um einen vernunftgeleiteten Diskurs, sondern darum, wahlweise ihre idiosynkratischen Meinungen, ihre Beleidigungen oder ihren Hass auf Andersdenkende mit der Öffentlichkeit zu teilen sowie Andersdenkende herabzuwürdigen oder auch zum Verstummen zu bringen. Diese Erkenntnis ist keineswegs bahnbrechend, sondern gehört heute zum kleinen Einmaleins der Medienpädagogik, und im Grunde könnte jeder, für den das Internet kein Neuland ist, dies wissen. Nicht so die DFG.

Nach einem erwartbaren Shitstorm der üblichen Internet-Trolle gegen Nuhrs Beitrag, der deshalb erwartbar war, weil sich eine aktive Netzmeute von den satirischen Pointierungen Nuhrs schon seit Jahren immer wieder provoziert fühlt und entsprechend hassvoll reagiert, war der von der DFG zunächst akzeptierte Beitrag plötzlich nicht mehr erwünscht. Nachdem die DFG das Statement

⁴ DFG 2019: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Kodex. Bonn, S. 9

zuvor noch kurz verteidigt hatte, kapitulierte sie vor den Trollen und löschte das Statement. Auf Twitter war dazu von der DFG zu lesen: „Liebe Community, wir nehmen die Kritik, die vielen Kommentare und Hinweise ernst und haben den Beitrag von Dieter Nuhr von der Kampagnen-Website <http://DFG2020.de> entfernt“.

Verstanden hat die DFG offensichtlich gar nichts, erst recht nicht vom Internet mit seinen „lieben Communities“. Wer für freies und erkenntnisgeleitetes Denken eintritt oder jedenfalls eintreten will und zugleich derart vor der Internet-Hass-Gemeinde kuscht wie die DFG, sollte sich besser nicht ins Neuland wagen. Daher ist das Einknicken der DFG in dieser Angelegenheit zu Recht als ein Offenbarungseid der DFG vor den eigenen Prinzipien kritisiert worden (z. B. in der FAZ vom 3.8.2020).

Als wäre dies nicht genug, setzte die DFG aber noch einen drauf. Nach der starken öffentlichen Kritik an der Streichung des Beitrags erklärte sich die DFG dahingehend, dass sich auf Twitter eine intensive Debatte ergeben hätte, an der sich auch „Vertreter der Wissenschaft“ beteiligt hätten. Welcher Art Vertreter der Wissenschaft dies waren und wen sie vertreten, und inwiefern ihre und andere Äußerungen den Charakter einer Debatte hatten, verrät die DFG nicht. Weiter unten im DFG-Text werden die Twitter-Kommentare zutreffender als aggressive (!) Diskussion bezeichnet, was jedenfalls nicht meinem Verständnis von wissenschaftlichen Diskussionen entspricht.

Weiter heißt es in der Erklärung der DFG: „Zu ihrem Bedauern sah sich die DFG nicht in der Lage, kurzfristig und während einer zum Teil aggressiven Twitter-Diskussion eine klare Einschätzung zu den Kommentaren vorzunehmen.“ Daher habe man am 31. Juli Nuhrs Beitrag von der Website genommen, „ohne weitere Erläuterung und ohne vorherige Information an Herrn Nuhr“, wofür man sich entschuldige“. Warum die DFG den Beitrag runtergenommen hat, obwohl sie zu dem Zeitpunkt nach eigenem Bekunden gar nicht in der Lage war, „eine klare Einschätzung“ vorzunehmen, und sich stattdessen erst einmal um eine ebensolche Klärung zu bemühen, bleibt das Geheimnis der Verantwortlichen in der DFG.

Was die DFG hier als Diskussion bezeichnet, beinhaltet Twitter-Äußerungen wie: „Dieter Nuhr ist wirklich Abfall. Ich arbeite in der Wissenschaft. Danke für nichts“ oder auch: „Euer verdammter Ernst? Aus all den Leuten sucht ihr diesen Kloakenclown aus?“ Offenbar geht es vielen dieser „Diskutanten“ nicht um die Aussage von Nuhr, sondern um seine Person, genauer: die Herabwürdigung seiner Person.

Die DFG verweist in ihrer Erklärung auch darauf, dass man Nuhrs „persönliche Einstellung zur Wissenschaft“ nicht bewerten wolle. Das ist in diesem Kontext nicht nur beleidigend, sondern auch sehr schade, denn seine Einstellung wäre doch einer positiven Würdigung durch die DFG wert gewesen. Spätestens hier beginnt man sich zu fragen, ob die DFG im Hinblick darauf, was Wissenschaft ist und was sie leisten kann, mit ihrer Haltung der Äquidistanz überhaupt nicht in der Lage ist, Unterschiede zu machen oder gar den Internet-Trollen eher zugeneigt ist als den oben dargelegten Äußerungen von Nuhr.

Die fehlende Begründung, warum sich die DFG nicht in der Lage sah, eine klare Einschätzung zu solchen Kommentaren vorzunehmen, lässt jedenfalls tief blicken. Warum man den Kabarettisten zudem nicht informierte, bleibt völlig unverständlich. Im Grunde könnten sich die DFG-Verantwortlichen hier nur auf einen totalen Blackout oder völlige kommunikative und mediale Inkompetenz berufen.

Das gilt dann aber nicht mehr für die weiteren Äußerungen der DFG, die die ganze Angelegenheit noch einmal verschlimmerten. Nach einer wachweichen Entschuldigung, die sich – jedenfalls in Vorzugslesart – lediglich darauf bezog, dass man den Beitrag „ohne weitere Erläuterung und ohne vorherige Information an Herrn Nuhr“ gestrichen habe, aber jedenfalls kein Bedauern über den wesentlichen Punkt, also die Streichung des Beitrags erkennen lässt, und ohne dass die DFG sich in der Sache erklärt oder gar Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit verteidigt, legte sie noch einmal nach.

„Hintergrundrecherchen“ hätten ergeben, dass Nuhr Aussagen wie „Wissenschaft ist nämlich keine Heilslehre, keine Religion, die ab-

solute Wahrheiten verkündet. Und wer ständig ruft ‚Folgt der Wissenschaft!‘, hat das offensichtlich nicht begriffen“ in ähnlicher Formulierung auch in der Klimadebatte und speziell über Greta Thunberg geäußert habe. Die DFG-Kampagne wolle jedoch dazu keine Stellung beziehen. Das muss sie auch gar nicht, aber es ist schon fatal, wenn eine Wissenschaftsorganisation so tut, als stünde Wissenschaft und das reine, unschuldige Streben nach Wahrheit außerhalb der Gesellschaft. Sehr weit gediehen ist die wissenschaftliche Selbstkritik, die die DFG für sich selber – und in ihren Leitlinien für alle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen – fordert, offenbar nicht.

Die DFG, so heißt es weiter, biete Nuhr aber eine „im Lichte der aktuellen Debatte kommentierte Wieder-Online-Stellung seines Statements an, nicht zuletzt auch, um die Diskussion offenzuhalten“. Das zeigt, dass die DFG auch aus der Kritik ihrer Vorgehensweise wirklich gar nichts gelernt hat. Weder ist sie imstande zu einer echten Entschuldigung, noch zu einer deutlichen Positionierung im Sinne ihrer eigenen Prinzipien. Während bis in die politischen Spitzen der Gesellschaft mehr bürgerliches Engagement gegen Hass im Internet, gegen Fake News, gegen Denunziation und soziale Ausgrenzung gefordert wird, beharrt die DFG darauf, eine so zutreffende Äußerung wie die von Nuhr nur in einem kommentierten Rahmen wieder zuzulassen, „um die Diskussion offenzuhalten“ – welche Diskussion, fragt man sich. Offenbar sollen bei der DFG auch offenkundige Pöbeleien, Ausgrenzung und Denunzianten zu ihrem vermeintlichen Recht kommen.

Am peinlichsten ist jedoch der Verweis auf angebliche „Hintergrundrecherchen“. Was soll das bitteschön sein? Wusste man bei der DFG nicht, welchen Künstler man eingeladen hatte? War man blind dafür, dass Nuhr seit Jahren von einer Netzmeute gehetzt wird, was doch auch in den Medien (und bei seinen Auftritten auch von ihm selbst) durchaus wahrnehmbar thematisiert worden ist? Hat man sich nur den Glanz eines Prominenten ans Revers heften wollen, ohne sich im Geringsten über die Person des Künstlers oder sein Werk informiert zu haben? War man unfähig wahrzunehmen, dass satirische Kritik die Person und das Werk auszeichnet? Und wird die DFG in der öffentlichen Kommunikation von Leu-

ten vertreten, die offenbar nicht in der Lage sind, unter den heutigen Medienbedingungen angemessen zu kommunizieren und augenscheinlich nicht den leisesten Schimmer von Medienkompetenz haben? Und vor allem: Sind die Aussagen Nuhrs in der Klimadebatte oder im Kontext der medialen Heiligsprechung von Greta Thunberg und in anderen Kontexten weniger richtig? Wohl kaum. Im Unterschied zur DFG ist Dieter Nuhr offenbar jemand, der zu seinen Prinzipien steht und zutreffende Aussagen auch in unterschiedlichen Kontexten thematisiert. Auch dies hätte die DFG selbstverständlich wissen können.

In der Sächsischen Zeitung (7.8.2020) wird die halbherzige Entschuldigung der DFG als versöhnliches Ende eines Streits beschrieben, wobei das Wort Streit ja eine unzulängliche Beschreibung des Vorfalls ist. Jedenfalls – so heißt es in dem Artikel – sage ja auch die DFG, dass sie eine Debattenkultur beklage, „in der oft nicht das sachliche und stärkere Argument zählt, (...) sondern immer häufiger vorschnell geurteilt und verurteilt wird“. Dazu meint die Sächsische Zeitung: „Umso wertvoller ist solche Fähigkeit zur Selbstkritik.“ Worin die Selbstkritik der DFG angesichts ihrer vorschnellen Zensur und Vorverurteilung hier liegen soll, bleibt ein Geheimnis des Autors Markus Thielking.

Derart harmonisch ist das Ende jedenfalls nicht, denn Dieter Nuhr hat das DFG-Angebot abgelehnt und ihr untersagt, das Statement in einer kommentierten Form wieder online zu stellen. Die Entschuldigung hat er zurückgewiesen, weil die DFG lediglich ihr Bedauern darüber ausgedrückt habe, ihn nicht informiert zu haben, aber nicht darüber, überhaupt den Beitrag gelöscht zu haben. Eine kommentierte Veröffentlichung lehnte er ab mit dem Verweis darauf, dass alle anderen frei ihre Meinung äußern dürften, während seine Meinung mit einer Warnung versehen würde wie eine Zigarettenschmuckpackung. Wie viele andere frage auch er sich, wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft für freie Forschung stehen könne, „wenn sie schon bei so einer Lappalie eingeknickt“. Die Haltung der DFG bezeichnet er als enttäuschend (Quelle: FAZ 5.8.2020).

Dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen. Die DFG hat mit ihrer Handlungsweise, die man als ebenso unwürdig wie erbärmlich bezeichnen muss, sich selbst und der Wissenschaft einen Bären-

dienst erwiesen und schweren Schaden zugefügt. Aus medienpädagogischer Sicht mangelt es der DFG neben der charakterlichen Haltung vor allem an Medienkompetenz. Vielleicht könnte sie selbst davon profitieren, wenn sie neben Digitalisierung, die in der Kampagne ja speziell erwähnt wird (s. o.), auch Medienpädagogik so fördert, wie es auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen dringend notwendig wäre, damit dergleichen nicht mehr passiert. Nicht dass ich das eine oder das andere erwarte.

Und was die charakterliche Haltung angeht, so könnte man sich ganz grundsätzlich einmal fragen, ob die letzten Universitätsreformen mit ihrer Ökonomisierung und Bürokratisierung akademischer Institutionen nicht genau solche Charaktertypen fördern und auch hervorbringen, die sich als alerte Wissenschaft-Manager, Egotaktiker und Selbstvermarkter stromlinienförmig im System bewegen können. Kritische Geister fördern die Universitäten heute jedenfalls eher nicht.

Ralf Vollbrecht